



OFFE, CLAUDIUS  
EUROPA IN DER FALLE

Suhrkamp  
Berlin, 2016

ISBN 978-3-518-12691-2  
160 Seiten, 16,-€

Zur Krise der Europäischen Union (EU) und ihrer Währungsunion gibt es eine stetig anwachsende Fülle kritischer Fach-Publikationen. Umso wichtiger sind gut informierte und dennoch leicht zu lesende Bücher, die auf knappem Raum einen fundierten Gesamtblick auf die Krise der EU bieten, den sie mit weitreichenden Reformvorschlägen verknüpfen.

Claus Offes bei Suhrkamp erschienenes Taschenbuch wendet sich an ein Publikum, das deutlich größer ist als die einer linken EU-Kritik üblicherweise Verdächtigen. Es ist nicht zuletzt für Leserinnen und Leser aus jenem politischen, akademischen und teilweise auch gewerkschaftlichen Mitte-Links-Milieu interessant, die die EU in ihrer jüngeren Entwicklung im Wesentlichen nach wie vor als die institutionelle Verkörperung jenes Friedens- und Fortschrittsprojekts betrachten, dessen historische Größe alle Schwächen überstrahlt, die diese Form der Integration heute im Einzelnen auch haben mag. Offe nimmt sich dieser Erwartungen und Hoffnungen mit großer Sympathie an, aber er unterzieht sie einem „ernüchternden Realitätstest“ (S. 93), der auch das viel gelobte Friedensprojekt einschließt, das ja Frieden nicht allein im Innern, sondern auch nach außen stiften sollte.

Hier können nur einige wenige Aspekte seiner Analyse hervorgehoben werden, die in den Befund mündet, dass die EU sich heute an einem Scheideweg befindet: „Entweder gelingt eine erhebliche Verbesserung ihrer institutionellen Struktur oder es kommt zu ihrem Zerfall“ (S. 13). Offe macht zum einen (unter Bezug auf Fritz Scharpf) die Strategie einer „negativen Integration“ dafür verantwortlich, dass in den Mitgliedstaaten „Arbeitsmärkte und Sozialsysteme unter Liberalisierungsdruck gesetzt wurden“ (S. 96). Zum zweiten kritisiert er das – darauf aufbauende – „stabilitätsbesessene Währungsregime“ (S. 35), das „aus sehr heterogenen Volkswirtschaften besteht, deren Unterschiede durch den Euro nur noch vertieft wurden“ (S. 40). Dass die Wurzeln dieser „Fehlkonstruktion“ (S. 127) tief reichen, beleuchtet er schließlich mit seiner Analyse des politischen Systems der EU als einem „eigentümlichen Nicht-Staat“, dessen oberste politische Entscheidungsinstanz der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs ist, also ein intergouvernementales Gremium, dessen Mitglieder „zwar in ihren jeweiligen Ländern gewählt worden sind, um die jeweilige Nation zu regieren, nicht aber die Europäische Union“ (S. 152ff.).

Damit lenkt Offe die Aufmerksamkeit auf das viel diskutierte „Demokratiedefizit“. Diese „hässliche Seite des EU-Herrschaftssystems“ (S. 152) zu überwinden, ist in seinen Augen überaus schwierig, denn das, was zur Überwindung der Krise der EU erforderlich wäre, sei für „nationale Machterwerbsorganisationen“ den jeweiligen Wählerinnen und Wählern sehr schwer zu „verkaufen“ (S. 17). Die Beschreibung dieses Dilemmas, dem das Buch auch seinen Titel „Europa in der Falle“ verdankt, verleitet den Autor jedoch weder zu dem auch in linken Kreisen beliebter gewordenen Plädoyer für einen „Rückbau“

als vermeintlicher Alternative zu einer „Vertiefung“ der EU, noch zu einer indirekten Entschuldigung der nationalstaatlichen Eliten – zu allerletzt der deutschen, der er ein eigenes Kapitel widmet. Den in Deutschland dominierenden politischen und medialen Diskurs im Verlaufe der Euro-Krise (und insbesondere der fortdauernden Auseinandersetzung über Griechenland) bezeichnet er als „konsequent nationalistisch“, da er sich damit begnüge, „andere darüber zu belehren, welche Fehler sie in der Vergangenheit besser nicht begangen hätten“, anstatt sich der „Mühe der Formulierung einer Strategie für die Eurozone insgesamt“ zu unterziehen (S. 127f.). Deutschland, so Offes Quintessenz, sollte nicht zur „Führung“ aufgefordert werden, sondern – auch und gerade im eigenen Interesse! – „zur Preisgabe von Teilen seiner wirtschaftlichen und politischen Vormachtstellung zugunsten der Stärkung von supranationaler europäischer Führungs- und Handlungskapazität“ (S. 142).

Dies unterstreicht, dass der Konflikt darüber, wie das beschriebene Dilemma überwunden und die EU aus der von den Regierungen ihrer Mitgliedsländer gebauten Falle befreit werden kann, in hohem Maße in Deutschland ausgetragen werden muss. Hier kommt Offes demokratischer Optimismus ins Spiel: „Politische Parteien (und ebenso die Medien)“ sollten nicht (vermeintlich) „gegebenen und unabänderlichen Präferenzen der Wähler folgen“, sondern sich veranlasst sehen, „diese Präferenzen zu prägen ... und grenzüberschreitende Vertrauensbeziehungen zu schaffen“ (S. 17). Für möglich hält er eine solche Wende im Zusammenhang mit einem umfassenden – also sowohl die nationalstaatliche als auch die europäische Ebene einbeziehenden – politischen Großprojekt der „Umverteilung zwischen Staaten, Klassen und Generationen“ (S. 166). Was manchen als zu gigantisch erscheinen mag, um wahr werden zu können, wird sich vielleicht – um es mit meinen eigenen Worten auszudrücken – früher oder später als die realistischste unter allen unrealistischen fortschrittlichen Alternativen zum Zusammenbruch der Eurozone und des Zerfalls der EU erweisen.

Ohne hier auf die – in dem Buch ohnehin nur kursschicht dargelegten – Einzelheiten dieses Projekts eingehen zu können, möchte ich den Grundgedanken hervorheben, der über viele linke Debatten hinausweist, die sich in der Möglichkeit oder Unmöglichkeit institutioneller Reformen der EU erschöpfen: Immer mehr wirtschaftliche und soziale Probleme in den Ländern der EU können „allein durch supranationales Handeln und Lastenteilung zwischen den Mitgliedstaaten bewältigt werden“; daher gebe es einen „Zusammenhang von inhaltlichen Problemen mit den Prozeduren der Willensbildung“ (S. 167f.). Wenn dies berücksichtigt werde, könne ein Positivsummenspiel von „positiver Integration“ und „Input-Legitimation“, also Demokratisierung der EU in Gang gebracht werden.

Diese Überlegung zum Zusammenhang von Inhalt und institutionellen Prozeduren, also zum politischen Prozess einer Rettung der EU auf dem Wege ihrer demo-

kratischen und sozialen Reform halte ich für so wichtig, dass der wenig ausgearbeitete Charakter der Reformprojekte im Einzelnen einstweilen zu verschmerzen ist.

Diese Lücke wird ausgefüllt durch die von einer Gruppe ausgewiesener EU-Expertinnen und -experten verfasste „Streitschrift für eine andere EU“. Ähnlich wie Offe kommt die von Busch et al. mit großer Detailkenntnis vorgelegte Analyse der mit dem Maastricht-Vertrag begründeten Wirtschafts- und Währungsunion zu dem Schluss, dass diese wegen der fehlenden gemeinsamen Wirtschafts- und Fiskalpolitik „die europäischen Staaten nicht zusammengeführt, sondern die Gräben zwischen den Staaten vertieft“ habe (S.10). Die Autorinnen und Autoren betrachten sowohl die Euro-Krise als auch die im Zuge des Flüchtlingsdramas zutage getretene „Krise des Schengen-Systems“ als Ausdruck dafür, dass der neoliberal inspirierte Integrationsmodus an seine Grenzen gestoßen sei.

Auch Busch et al. setzen sich (mit wesentlich größerem Gewicht auf den ökonomischen Zusammenhängen als Claus Offe) kritisch mit der Idee auseinander, die wirtschaftlichen und politischen Fliehkräfte seien nur noch mit einem Ausstieg aus der „Fehlkonstruktion“ des Euro zu bewältigen. Dieser Teil der Streitschrift hat tatsächlich den gewünschten Streit ausgelöst, doch andere – mir noch wichtiger erscheinende Abschnitte – bis jetzt leider nur vereinzelt. Denn der Hauptteil des Plädoyers für ein „solidarisches Europa“ besteht in der Skizzierung von „sechs Säulen einer radikalen Euro-Reform“ (S.53ff.), nämlich der Ablösung der Austeritätspolitik durch expansive Fiskalpolitik und europäische Investitionsprogramme, der Schaffung einer „europäischen Ausgleichsunion“ zur Behebung der Leistungsbilanz-Ungleichgewichte, einer gemeinschaftlichen Schuldenpolitik, Wegen zu einer europäischen Sozialunion, einer Verschärfung der Finanzmarktregulierung und einer schlagkräftigeren europäischen Steuerpolitik sowie einer demokratisch legitimierten Europäischen Wirtschaftsregierung.

Die 30 Seiten, auf denen diese sechs Säulen vorgestellt werden, drängen sich als Basis einer kritischen EU-Reformdebatte geradezu auf. Zunächst deshalb, weil sie weit über die These hinausgehen, die gegenwärtigen Probleme seien allein durch wirtschaftspolitische Kurskorrekturen zu beheben. Nicht, dass derartige realpolitische Herangehensweisen von den Autorinnen und Autoren gering geschätzt würden – im Gegenteil: So wird am Beispiel des Umgangs mit der „Flüchtlingskrise“ gezeigt, welche zentrale Bedeutung die Schaffung eines neuartigen Fonds gewinnen könnte, mit dessen Hilfe Zuschüsse für Infrastrukturmaßnahmen insbesondere an aufnahmewillige Kommunen gegeben werden. Die strategische Bedeutung eines solchen Projekts bestünde in der Förderung einer bottom-up Herangehensweise in der europäischen Investitionspolitik, die in diesem spezifischen Kontext den besonderen Reiz hätte, wie die an dieser Stelle zitierte Gesine Schwan schreibt, „dass es den Nationalstaaten schwerer

fällt, Flüchtlinge abzulehnen, wenn sich Gemeinden aus eigenem Interesse für die Aufnahme melden“ (S.30). Doch im Rahmen des „sechs Säulen“-Programms unterstreichen derartige bereits im Rahmen der geltenden Verträge mögliche Aktionen den politischen Willen der dazu bereiten Mitgliedstaaten im Rahmen der sogenannten „verstärkten Zusammenarbeit“, zugleich aber auch die Notwendigkeit weiterreichender Reformen und können die Türen in diese Richtung öffnen.

Dass ein Konzept für derartige weiterreichende Reformen der Wirtschafts- und Währungsunion ausbuchstabiert wird, ist in meinen Augen das Hauptverdienst der Streitschrift. Gerade dies offenbart aber zugleich ihre wichtigste Schwäche. Denn je mehr sie – verdienstvoller Weise! – ins Kleingedruckte geht und nicht bei Alternativen-Vorschlägen stehen bleibt, an denen wahrlich, wie Offe anmerkt, kein Mangel besteht, desto deutlicher fallen Risiken und Nebenwirkungen ins Auge. Das vielleicht größte Risiko ist die ungewollte Schützenhilfe für ein autoritäres Durchregieren unter neoliberalen Vorzeichen, die mit der Einführung einer EU-Wirtschaftsregierung gegeben werden könnte, ohne dass durch Vertragsreformen der in der de-facto-Verfassung verankerte Vorrang wirtschaftlicher „Grundfreiheiten“ vor sozialen und demokratischen Rechten gebrochen und die EU-Kommission eine wesentlich stärkere sowohl demokratische als auch finanzielle Basis bekäme. So betrachtet wäre eine Wirtschaftsregierung weniger als eine Säule unter mehreren zu verstehen, sondern eher als Ergebnis eines längeren grundlegenden Umbauprozesses.

In der Zusammenschau sind beide Veröffentlichungen auf eine zum Nachdenken anregende Weise komplementär. Einerseits könnte ein sachkundig ausgearbeitetes Reformprogramm wie das der Streitschrift zur Bereicherung der Überlegungen von Offe dienen. Andererseits würde das Weiterverfolgen und Konkretisieren (!) von Offes Gedanke, dass erst aus der Verzahnung von Inhalt und Prozeduren der Willensbildung neue politische Handlungsfähigkeit erwachsen kann, der Streitschrift noch größere Überzeugungskraft verleihen. Denn die demokratische und soziale Reform der EU ist, wenn überhaupt, nur als langwieriger und konfliktreicher Prozess vorstellbar, der von Solidarität im jeweils eigenen Interesse der nationalstaatlichen Akteure angetrieben wird. Denkanstöße, wie sie die beiden hier vorgestellten Veröffentlichungen geben, sind für die Gewinnung einer Handlungsfähigkeit von unten unverzichtbar. ■

STEFFEN LEHNDORFF, KÖLN



**BUSCH, K. ET AL.**  
**EUROPA GEHT AUCH**  
**SOLIDARISCH!**  
**STREITSCHRIFT FÜR EINE**  
**ANDERE EUROPÄISCHE UNION**

VSA Verlag  
Hamburg, 2016

ISBN 978-3-89965-745-6  
Seiten, 7,50 €